

II-843 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV, Gesetzgebungsperiode

**DER BUNDESMINISTER
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**

Zl. 10.000/4-Parl/80

Wien, am 27. März 1980

An die
Parlamentsdirektion

336 /AB

Parlament
1017 WIEN

1980-03-31

zu 321/J

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 321/J-NR/80, betreffend Maturantenberg, die die Abgeordneten PETER und Genossen am 29. Jänner 1980 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Welche konkreten Vorstellungen bestehen seitens des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst, um dem drohenden "Maturantenberg" vorzubeugen?

Der vermehrte Zustrom zu höherer Bildung ist einerseits durch die starken Geburtenjahrgänge bedingt, andererseits auch auf die Bemühungen um eine Steigerung des Bildungsniveaus im Sinne der Chancengleichheit zurückzuführen.

Durch das Schulbauprogramm des Bundes, das im Jahre 1971 begonnen wurde, waren verstärkte Anstrengungen möglich, vor allem den bisher vernachlässigten ländlichen Bereich mit einer ausreichenden Zahl von mittleren und höheren Lehranstalten auszustatten. Ziel dieser Bemühungen ist es, daß etwa ein Drittel aller 14- bis 19-jährigen eine höhere Schulausbildung erhalten können. Durch die weitgehende Erfüllung dieses Schulbauprogrammes bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode wird dieses Ziel weitgehend erreicht werden. Die Anzahl der Maturanten kommt also durchaus nicht überraschend und liegt in dem schon zum Beginn der 70er Jahre prognostizierten Rahmen.

Um allen Schichten den Zugang zur höheren Bildung zu ermöglichen, wurde eine Reihe von zusätzlichen Fördermaßnahmen gesetzt.

- 2 -

Die wesentlichsten davon waren die Einführung der Schüler- und Heimbeihilfen, die kostenlose Kurverfügungstellung der Schulbücher und die freien Schulfahrten.

Darüberhinaus ist es gelungen den Anteil der Mädchen stärker zu erhöhen, sodaß es heute schon mehr als 52 % Maturantinnen an den allgemeinbildenden höheren Schulen gibt, das ist mehr als dem weiblichen Anteil am jeweiligen Jahrgang entspricht.

Das Schulbauprogramm 1971 hat einen bedeutenden Ausbau des berufsbildenden Schulwesens zur Folge gehabt. Ziel ist es, zwischen der Ausbildung an der Oberstufe des Gymnasiums und der Anzahl der Schüler an den berufsbildenden höheren Schulen eine Relation von 1 : 1 herzustellen. Im Jahre 1970 betrug der Anteil der berufsbildenden höheren Schulen rund 30 %, während er nach der Statistik des Jahres 1978/79 schon bei 45,4 % liegt, auch dieses Ziel wird also bis Mitte der 80er Jahre erreichbar sein. Diese Relation ist notwendig, damit viele Schüler ihren Begabungen entsprechend eine Berufsausbildung erhalten und nicht, weil sie nur über eine allgemeinbildende höhere Schule zur Matura kommen können, einen übermäßigen Druck auf die Hochschulen ausüben müssen. Für Maturanten der AHS wurden zusätzlich über 33 berufsorientierte Kurzstudien und Ausbildungsmöglichkeiten auf den Gebieten der Technik, der Wirtschaft, des Fremdenverkehrs, der Sozialarbeit und des Heerwesens geschaffen. Diese Lehrgänge dauern weniger als acht Semester, sind also früher abgeschlossen als die zu einem akademischen Grad führenden Universitätsstudien und erlauben einen kurzfristigen Berufseintritt.

Diese Abstimmung zwischen den Interessen und Wünschen der Jugendlichen, der Kapazität an vorhandenen Bildungseinrichtungen und dem Bedarf an Abgängern bestimmter schulischer Ausbildungseinrichtungen ist ein ständiges Ziel der bildungs- und arbeitsmarktpolitischen Bestrebungen.

- 3 -

ad 2)

Haben Gespräche mit Vertretern der Wirtschaft schon stattgefunden, und, wenn ja, zu welchem Ergebnis führten diese?

Die erfreulich niedrige Arbeitslosenrate bei den Maturanten und Akademikern ist natürlich auf eine dauernde Koordination der Arbeitsmarktverwaltung und der Wirtschaft aber auch der Sozialpartner zurückzuführen.

Die dafür notwendigen Statistiken stehen den betroffenen Behörden und Institutionen zur Verfügung und dienen als Grundlage für die Koordination.

Durch eine Untersuchung konnte auch festgestellt werden, daß Maturanten, die anschließend ein berufsbildendes Kolleg besucht haben, leichter und schneller in der Wirtschaft unterkommen als gleich qualifizierte Abgänger der analogen berufsbildenden höheren Schulen. Das bedeutet auch, daß eine umfassendere Allgemeinbildung - im Hinblick auf die notwendig werdende stärkere Mobilität - für die Praxis von Vorteil ist.

ad 3)

Erwägen Sie aufgrund dieser Studie Maßnahmen, die direkt oder indirekt den Zugang zu Bildungswegen mit Maturaabschluß von einem Leistungsnachweis abhängig machen?

Die Problematik punktueller Prüfungen und die Relativität der Leistungsbeurteilung sind allgemein bekannt. Selbst der Einsatz standardisierter, objektivierter Prüfverfahren würde infolge der Abhängigkeit gleicher Leistungen von den bisherigen Lernbedingungen in prognostischer Hinsicht nicht sehr effektiv sein.

Anstelle einer punktuellen Selektion wird auf eine verstärkte Bildungsberatung und das Zusammenwirken von Bildungs-, Berufs- und Studienberatung großer Wert gelegt.